



BEBAUUNGSPLAN und örtliche Bauvorschriften

„SEELACH - 1.ÄNDERUNG“ 08118067_1140_081_01_RE

im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB

Die Übereinstimmung des Lageplans mit
dem Liegenschaftskataster Stand 31.10.2018
bescheinigt
Bietigheim-Bissingen, den 29.01.2019

Bebauungsplanentwurf und Entwurf der
örtlichen Bauvorschriften ausgearbeitet:
Bietigheim-Bissingen, den 16.03.2016/a/kah

Geltungsbereich erweitert (Lidl, Kreisverkehr)
Bietigheim-Bissingen, den 20.02.2019/b/kah

Nutzung geändert, Hinweis erg., Verfahrens-
vermerke erg.
Bietigheim-Bissingen, den 17.07.2019/b/kah

Rauschmaier Ingenieure GmbH
Beratende Ingenieure für Bau- und
Vermessungswesen, Stadtplanung
Sucystraße 9
74321 Bietigheim-Bissingen

Rauschmaier Ingenieure GmbH

Rauschmaier Ingenieure GmbH

Rauschmaier Ingenieure GmbH

Anlagen:

- Anlage 1 Lageplan mit Legende und textlichen Festsetzungen
- Anlage 2 Begründung mit E/A Bilanz und Stellungnahme der GMA
 - 2.1 E/A Bilanz zum Teilbereich Bäckerfiliale vom 16.03.2016
 - 2.2 GMA Gutachten zur Bäckerfiliale vom Mai 2014
 - 2.3 GMA Auswirkanalyse zur Lidl-Erweiterung vom 13.01.2017

LEGENDE

Nutzungsschablone

Art der baulichen Nutzung	maximale Traufhöhe
maximale Grundflächenzahl	maximale Gebäudehöhe
Bauweise	maximale Erdgeschossrohfußbodenhöhe



ART DER BAULICHEN NUTZUNG

§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

Sondergebiet Lebensmitteleinzelhandel/Bäckerverkaufsfiliale

MAß DER BAULICHEN NUTZUNG

§ 9 Abs.1 Nr. 1 BauGB in Verb. mit Abs.3 BauGB

maximale Grundflächenzahl

maximale Traufhöhe in Metern über EFH

maximale Gebäudehöhe in Metern über EFH

Erdgeschossrohfußbodenhöhe (EFH) in m über NN Maximum

z.B. 1,0

z.B. TH max. 4,2 m

z.B. GBH max. 9,5 m

z.B. EFH 306,2

BAUWEISE

§ 9 Abs.1 Nr.2 BauGB

O

offene Bauweise

a

abweichende Bauweise

(ohne Beschränkung der Gebäudelänge)



ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN

§ 9 Abs.1 Nr.2 BauGB

Baugrenzen



VERKEHRSFLÄCHEN

§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB

Fahrbahn



Mischverkehrsfläche



Gehweg, Fußweg, Radweg

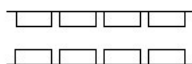


Verkehrsgrünfläche



ÖFFENTLICHE GRÜNFLÄCHE

§ 9 Abs. 1 Nr. 15 Bau



MIT LEITUNGSRECHT ZU BELASTENDE FLÄCHEN

§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB

Leitungsrecht Wasserleitung/Steuerkabel/Kanal

LR



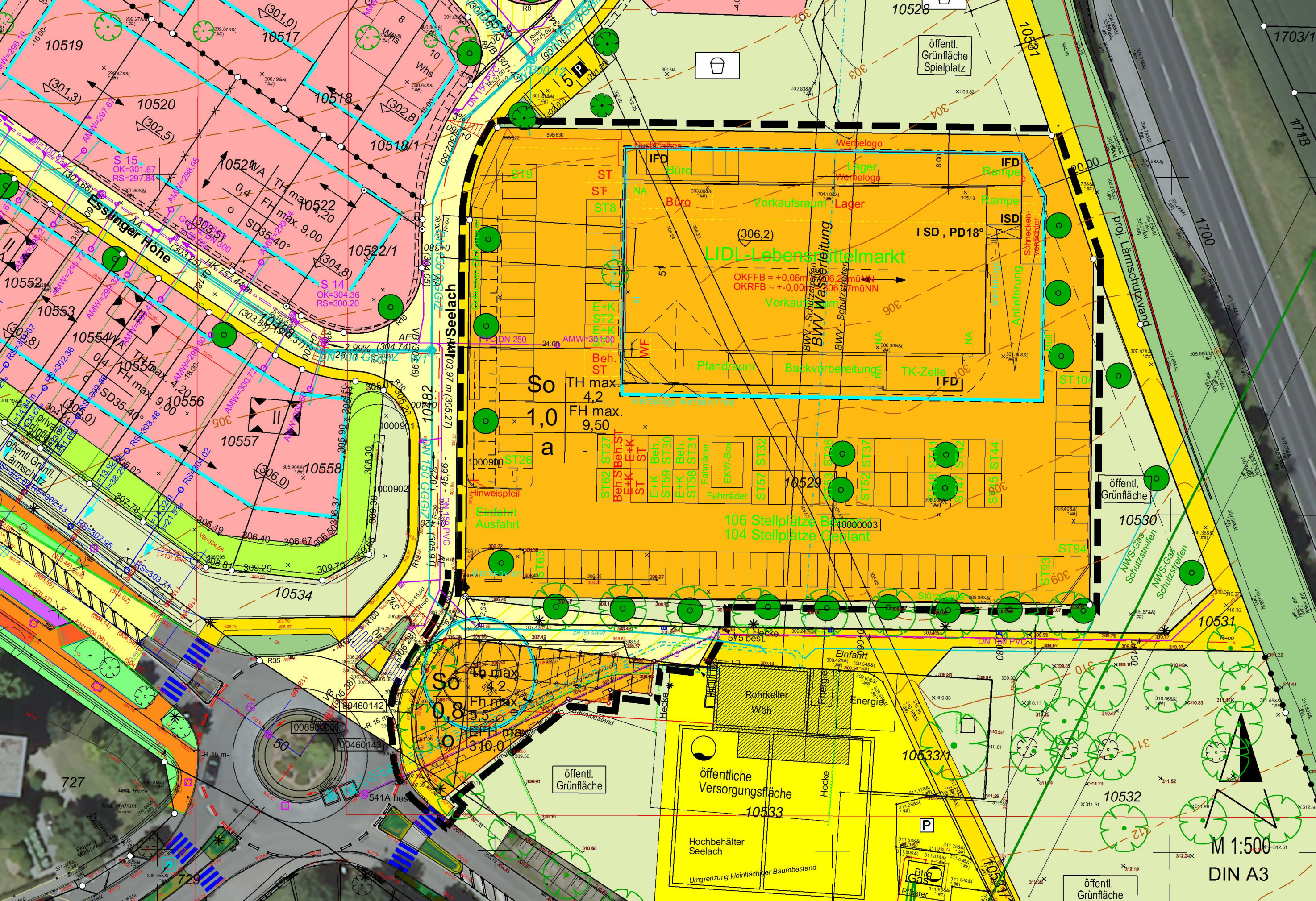
PFLANZGEBOT

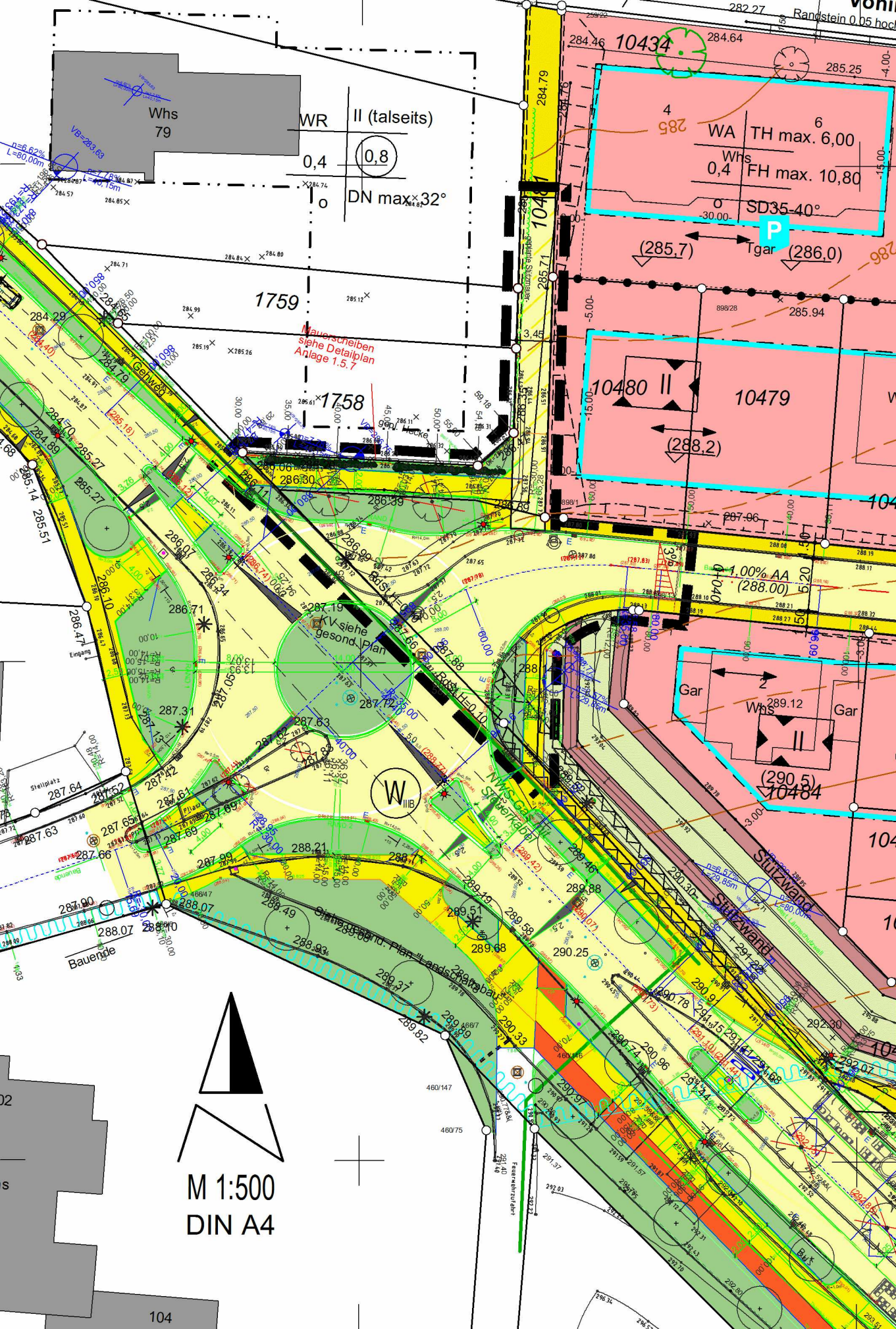
§ 9 Abs.1 Nr.25a BauGB

großkronige Bäume



Grenze des räumlichen Geltungsbereichs





RECHTSGRUNDLAGEN

1. das **Baugesetzbuch** (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634),
2. die **Baunutzungsverordnung** (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 386),
3. die **Planzeichenverordnung** 1990 (PlanzV 90) vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I. S.58), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 04.05.2017 (BGBl. I S. 1057),
4. die **Landesbauordnung** für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 05.03.2010 (GBl. 2010 Nr. 7 S. 358), berichtigt am 25.05.2010 (GBl. 2010 S.416), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 21.11.2017 (GBl. S. 612/613).

RÄUMLICHER GELTUNGSBEREICH

Der Bebauungsplan setzt die Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches fest (§ 9 Abs. 7 BauGB). Innerhalb des räumlichen Geltungsbereichs gelten die örtlichen Bauvorschriften (§ 74 Abs. 6 LBO). Sämtliche innerhalb des räumlichen Geltungsbereichs bisher bestehenden planungs- und bauordnungsrechtlichen Festsetzungen, sowie frühere baupolizeiliche Vorschriften der Gemeinde werden aufgehoben.

Das gilt insbesondere für die entsprechenden Teile des seit dem 29.07.2004 rechtsverbindlichen Bebauungsplanes „Seelach“.

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

In Ergänzung der Planzeichnung wird folgendes festgesetzt:

A PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

A.1 ART DER BAULICHEN NUTZUNG

§ 9 Abs.1 Nr.1 BauGB

- nach Eintrag im Lageplan -

Sondergebiet Lebensmitteleinzelhandel (SO) nach § 11 Abs. 3 BauNVO
Zulässig ist ein Betrieb des Lebensmitteleinzelhandels mit einer maximalen Verkaufsfläche von 1.500 m² und einer maximalen Geschossfläche von 2.000 m². Davon dürfen maximal 150 m² Verkaufsfläche für Randsortimente (Auktionswaren, also ausschließlich Nonfoodwaren die der Grundversorgung dienen wie Drogeriewaren, Zeitungen und Tiernahrung) sein.

Außerdem ist eine Bäckerverkaufsfiliale mit Backstube und Cafébetrieb mit einer maximalen Verkaufsfläche von 120 m² zulässig.

A.2 MAß DER BAULICHEN NUTZUNG

§ 9 Abs.1 Nr.1 in Verb. mit Abs.3 BauGB

- nach Eintrag im Lageplan -

A.2.1 Erdgeschossrohfußbodenhöhe (EFH) nach § 18 BauNVO als Höchstgrenze.
Die Erdgeschossrohfußbodenhöhe in m über NN bindet nur nach oben, nach unten, niedriger kann abgewichen werden.

A.2.2 Grundflächenzahl (GRZ) nach § 19 BauNVO als Höchstgrenze.

- A.2.3 Höhe baulicher Anlagen nach § 18 BauNVO in Verbindung mit § 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO als Höchstgrenze
Die Traufhöhen (TH) und die Firsthöhen (FH) gelten von der im Bebauungsplan festgesetzten, maximalen Erdgeschossrohfußbodenhöhe (EFH) bis Oberkante Dachhaut. Die Traufhöhe wird jeweils am Schnittpunkt der Außenwand mit der Dachhaut gemessen. Bei Pultdächern darf die höhere Traufseite die Traufhöhe um maximal 2,0 m überschreiten, wenn sie im Süden des Gebäudes liegt.
Bautechnisch bedingte Aufbauten, z.B. Fahrstuhlschächte, sind ebenfalls bis zu einer Höhe von 2,0 m zusätzlich zulässig.

Über öffentlichen Verkehrsflächen ist ein Mindestabstand von 2,80 m (Höhe der Verkehrsanlage zu Unterkante Gebäude) einzuhalten.

A.3 BAUWEISE § 9 Abs.1 Nr. 2 BauGB i.V. m. § 22 BauNVO
- nach Eintrag im Lageplan -

A.3.1 offene Bauweise nach § 22 Abs.2 BauNVO

A.3.2 abweichende Bauweise nach § 22 Abs.4 BauNVO: offen, jedoch ohne Beschränkung der Gebäudelänge.

A.4 ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN § 9 Abs.1 Nr. 2 BauGB

Die überbaubaren und die nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind durch Baugrenzen gemäß § 23 BauNVO im Lageplan gekennzeichnet. Wenn ein Gebäudeteil einen Mindestabstand von 2,5 m zur Nachbargrenze einhält, kann eine Überschreitung der Baugrenze um 0,3 m zugelassen werden.

A.5 STELLUNG DER BAULICHEN ANLAGEN UND FIRSTRICHTUNG § 9 Abs.1 Nr. 2 BauGB

Gebäudeachsen und Firstrichtung der Hauptgebäude parallel zu den im Lageplan eingetragenen Richtungspfeilen. Abweichungen bis zu 5° sind zulässig.

A.6 VERKEHRSFLÄCHEN § 9 Abs.1 Nr. 11 in Verbindung mit Abs.3 BauGB
Die Aufteilung der Verkehrsflächen im Lageplan ist unverbindlich

- A.6.1 Fahrbahn,
- A.6.2 Geh- oder Fußweg, Radfahren frei,
- A.6.3 Mischverkehrsfläche,
- A.6.4 Verkehrsgrünfläche,
- A.6.5 Höhenlage der Verkehrsflächen, Abweichungen bis zu 0,2 m sind zulässig.

A.7 FÜHRUNG VON VERSORGUNGSLEITUNGEN § 9 Abs.1 Nr. 13 BauGB

Die der Versorgung des Gebietes dienenden Leitungen sind unterirdisch zu verlegen, im Elektrizitätsbereich jedoch nur die Niederspannungsleitungen.

A.8 ÖFFENTLICHE GRÜNFLÄCHEN

§ 9 Abs.1 Nr. 15 BauGB

- nach Eintrag im Lageplan -

öffentliche Grünfläche Ausgleichsfläche: Wiese, Bäume, Sträucher

A.9 MIT LEITUNGSRECHT ZU BELASTENDE FLÄCHEN

§ 9 Abs.1 Nr. 21 BauGB

- nach Eintrag im Lageplan -

Leitungsrecht zugunsten der Gemeinde oder des jeweiligen Ver- oder Entsorgungsträgers zur Führung einer Wasser- oder Abwasserleitung. Das Leitungsrecht schließt ein, dass die Trasse mit Fahrzeugen befahren werden darf.

A.10 BAULICHE UND SONSTIGE TECHNISCHE VORKEHRUNGEN ZUR MINDERUNG VON EINWIRKUNGEN IM SINNE DES BImSchG

§ 9 Abs.1 Nr. 24 BauGB

passive Lärmschutzmaßnahmen: Auf den Flächen entlang der B 10 und der Stuttgarter Straße sind für schutzbedürftige Nutzungen besondere Vorkehrungen gegen Verkehrslärm notwendig. Im Baugenehmigungs- und im Kenntnisgabeverfahren ist nachzuweisen, dass die Werte der DIN 4109 eingehalten werden. Die Flächen entlang der B 10 sind dem Lärmpegelbereich II, die Flächen entlang der Stuttgarter Straße dem Lärmpegelbereich III zuzuordnen. Schallschutzfenster von Aufenthaltsräumen sind, sofern keine Hauslüftungsanlage vorhanden ist, mit einem automatischen Entlüftungsventil auszustatten, das den Schallschutz um maximal 1 dB (A) verschlechtern darf.

A.11 PFLANZGEBOTE - PRIVATE FREIFLÄCHEN

§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB

Mit dem Bauantrag ist zugleich ein Pflanzplan einzureichen. Die Erfüllung der Pflanzgebote ist bei der Schlussabnahme des Bauvorhabens oder einem anderen von der Gemeinde nach § 178 BauGB festzusetzenden Termin nachzuweisen.

A.11.1 Einzelbäume in den Vorgärten

Die nicht überbaubaren Grundstücksflächen entlang den Erschließungsstraßen (Vorgärten) sind, soweit sie nicht mit Nebenanlagen überdeckt sind, als zusammenhängende Grünflächen zu gestalten. Je Baugrundstück ist ein klein- bis mittelkroniger, standortgerechter Laubbaum mit einem Stammumfang von mindestens 14/16 zu pflanzen. Folgende Arten werden empfohlen:

Spitzahorn	Acer plantanoides
Hainbuche	Carpinus betulus
Mehlbeere	Sorbus aria
Winterlinde	Tilia cordata

Hecken dürfen in diesem Bereich eine Höhe von 1,2 m nicht überschreiten, buntlaubige Arten oder nicht standortheimische Nadelgehölze sind nicht zulässig.

A.11.2 Hochstämmige großkronige Laubbäume

Im Bereich der im Lageplan angegebenen Standorte sind großkronige, standortgerechte Laubbäume zu pflanzen und zu unterhalten. Die Standorte können aus funktionalen Gründen um bis zu 5 m verschoben werden, die Anzahl ist jedoch bindend. Folgende Baumarten werden dieser Forderung gerecht:

Rosskastanie	<i>Aesculus hippocastanum</i> L.
Bergahorn	<i>Acer pseudoplatanus</i>
Holzapfel	<i>Malus sylvestris</i>
Waldkirsche	<i>Prunus avium</i>
Traubenkirsche	<i>Prunus padus</i>
Holzbirne	<i>Pyrus pyraeaster</i>
Traubeneiche	<i>Quercus petraea</i>
Speierling	<i>Sorbus domestica</i>
Winterlinde	<i>Tilia cordata</i>
Walnuss	<i>Juglans regia</i>

Hochstämmige und großkronige Obstbäume können ebenfalls gepflanzt werden.

A.12 FLÄCHEN FÜR AUFSCHÜTTUNGEN UND STÜTZMAUERN, SOWEIT SIE ZUR HERSTELLUNG DES STRASSENKÖRPERS ERFORDERLICH SIND

§ 9 Abs.1 Nr. 26 BauGB

Betonfuß: Zur Herstellung des Straßenkörpers sind in allen an öffentlichen Verkehrsflächen angrenzenden Grundstücken unterirdische Stützbauwerke entlang der Grundstücksgrenze, in einer Breite von etwa 0,2 m und einer Tiefe von etwa 0,3 m zulässig (Hinterbeton von Randsteinen und Rabattenplatten).

B. ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN

§ 74 Abs.7 LBO

B.1 ANFORDERUNGEN AN DIE ÄUSSERE GESTALTUNG BAULICHER ANLAGEN

§ 74 Abs.1 Nr.1 LBO

- nach Eintrag im Lageplan -

B.1.1 Dachform und Dachneigung in Altgrad: Hauptgebäude: Flachdach bis 18°.

B.1.2 Dachdeckung: Zur Dachdeckung sind nur Materialien in ziegelroten oder erdfarbenen Farbtönen zulässig. Stark reflektierende, leuchtfarbene, fluoreszierende oder wie glänzendes Blech wirkende Materialien sind nicht zulässig. Dachflächenfenster und Solarenergieanlagen sind zulässig. Im Bereich des Sondergebietes können auch andere Dachfarben zugelassen werden.

B.1.3 Energiegewinnungsanlagen auf Dächern und an Fassaden sind anzeigepflichtig.

B.2 ANFORDERUNGEN AN WERBEANLAGEN UND AUTOMATEN

§ 74 Abs.1 Nr.2 und § 11 Abs.4 LBO

Werbeanlagen sind nur am Ort der beworbenen Leistung zulässig. Werbeanlagen mit bewegtem Licht oder Schriftzüge von über 0,3 m Größe sind nicht zulässig.

B.3 ANFORDERUNGEN AN DIE GESTALTUNG UND NUTZUNG DER UNBEBAUTEN FLÄCHEN DER BEBAUTEN GRUNDSTÜCKE SOWIE ÜBER ART, GESTALTUNG UND HÖHE VON EINFRIEDUNGEN

§ 74 Abs.1 Nr.3 LBO

B.3.1 Entlang den öffentlichen Flächen sind tote Einfriedungen nur zulässig, als:
Zäune bis 1,2 m Höhe mit zaunverdeckter, beidseitiger Bepflanzung (Hecken) von mindestens 0,8 m und maximal 2,0 m Höhe (im Rahmen der nachbarrechtlichen Bestimmungen),
Mauern bis 0,8 m Höhe und 0,4 m Tiefe in Verbindung mit begleitender Begrünung.

B.3.2 Stützmauern aus glatt geschaltem Beton oder glatten Metall- oder Metallprofilblechen oder ähnlich wirkenden Oberflächen sind nicht zulässig.

B.3.3 Müllbehälterstandplätze sind durch Einfassung, Sichtblenden oder Bepflanzungen allseitig abzusichern; diese Abschirmung muss auch geeignet sein, die Müllbehälter gegen direkte Sonneneinstrahlung zu schützen.

B.3.4 Flächen für Stellplätze, Hofflächen, Zufahrten sind mit einem Oberflächenabschluss aus Ortbeton und Asphalt nicht zulässig. Die Befestigung muss wasserdurchlässig sein, z.B. Rasenpflaster, Schotterrasen, Pflaster in Splitt oder Sand verlegt (Drainpflaster) sowie wassergebundene Decken.

C. NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME VON FESTSETZUNGEN UND HINWEISE

§ 9 Abs. 6 BauGB

C.1 ERSCHLIESSEN VON GRUNDWASSER UND -ABSENKUNG

Wird bei Bauarbeiten unvorhersehbar Grundwasser erschlossen, ist dies gemäß § 43 Abs.6 WG der Unteren Wasserbehörde anzuzeigen und die Arbeiten einstweilen einzustellen. Für eine Grundwasserabsenkung während der Bauzeit ist eine wasserrechtliche Erlaubnis erforderlich. Eine dauernde Grundwasserabsenkung ist nicht zulässig. Maßnahmen, die aufgrund eines tiefen Eingriffs in den Untergrund das Grundwasser nur punktuell tangieren (Tiefgründungen, Bohrungen,...), bedürfen ebenfalls einer wasserrechtlichen Erlaubnis und sind beim Landratsamt Ludwigsburg anzuzeigen.

C.2 WASSERSCHUTZGEBIET

Das Gebiet liegt anteilig (Fläche des Kreisverkehrs) in der Zone III B des fachtechnisch abgegrenzten Wasserschutzgebietes LfU-Nr. 156 für die Au- und Radquelle, sowie für die Tiefbrunnen Au I und II der Stadt Markgröningen.

C.3 NIEDERSCHLAGSWASSER

Bei der Entwässerungsplanung sind aus wasserwirtschaftlicher Sicht folgende Grundsätze zu berücksichtigen: Im Gewerbe- und Industriegebiet sowie im Sondergebiet ist das Niederschlagswasser von Straßenflächen und Hofflächen bzw. den LKW-Verkehrsflächen als behandlungsbedürftig einzustufen und somit über den Mischwasserkanal zu entwässern. Nur unbelastetes Niederschlagswasser von Dachflächen, Grünflächen kann getrennt direkt in das örtliche Gewässer abgeleitet werden. Dacheindeckungen aus unbeschichtetem Kupfer, Zink oder Blei erhöhen den Schwermetallgehalt im Niederschlagswasser und sind daher bei einer direkten Ableitung in ein Gewässer nicht zulässig. Hiervon ausgenommen sind Regenrinnen, Fallrohre und untergeordnete Dacheindeckungen wie Gauben, Eingangsüberdachungen und Erker.

Zur Nutzung von Dachflächenwasser und zur Speicherung wird die Anlage von Zisternen empfohlen. Regenwassernutzungsanlagen sind dem Stand der Technik entsprechend auszubilden, so dass dieses Wasser nicht mit Trinkwasser verwechselt oder in das Trinkwassernetz eingeleitet werden kann. Die Zisterne ist gegebenenfalls mit einem Überlaufanschluss an das öffentliche Kanalnetz anzuschließen. Die Grundflächen dieser Anlagen werden nicht auf das Maß der baulichen Nutzung angerechnet, die Anlagen sind auch außerhalb der Baugrenzen zulässig. Es ist gegebenenfalls ein geeichter Abwasserzähler einzubauen.

Alternativ kann Niederschlagswasser theoretisch auch über eine belebte Bodenzone versickert werden, sofern der Boden das zulässt und die in der Regel erforderliche wasserrechtlichen Erlaubnis vorliegt.

C.4 BODENDENKMALE

Werden beim Vollzug der Planung unbekannte Funde entdeckt, sind diese unverzüglich einer Denkmalschutzbehörde oder der Gemeindeverwaltung anzuzeigen. Der Fund und die Fundstelle sind bis zum Ablauf des vierten Werktages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Denkmalschutzbehörde oder das Landesdenkmalamt mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist (§ 20 DSchG.). Auf die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 27 DSchG wird verwiesen.

C.5 BAUGRUND UND BODENSCHUTZ

Auf die Pflicht zur Beachtung der Bestimmungen des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG), insbesondere auf die § 4 und 7, wird hingewiesen. In diesem Sinne gelten für jegliche Bauvorhaben die getroffenen Regelungen zum Schutz des Bodens, der Fachbereich Umwelt beim Landratsamt Ludwigsburg hält ein entsprechendes Merkblatt bereit. Der bei Erdarbeiten anfallende Oberboden sollte möglichst hochwertig (z.B. im Zuge einer Bodenverbesserungsmaßnahme auf landwirtschaftlichen Flächen) verwertet und nicht deponiert oder in sonstiger Weise verschwendet werden (siehe § 202 BauGB).

Es sind keine Erkenntnisse vorhanden, die auf Altlasten im Plangebiet schließen lassen. Sollten Bodenbelastungen bekannt werden, ist der weitere Handlungsbedarf zeitnah mit dem Landratsamt Ludwigsburg - Fachbereich Umwelt - abzustimmen.

C.6 ERDBEBENZONE 2

Schwieberdingen liegt in der Zone 2 der Karte der Erdbebenzonen für Baden-Württemberg. Auf die DIN 4149 (Bauten in deutschen Erdbebengebieten) und die Schrift "Erdbebensicheres Bauen" (herausgegeben vom Innenminister Baden-Württemberg) wird hingewiesen.

C.7 SCHUTZSTREIFEN ENTLANG DER B10

Gemäß § 9 Bundesfernstraßengesetz dürfen Hochbauten und sonstige bauliche Anlagen jeder Art in einer Entfernung bis zu 20 m bei Bundesstrassen gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn nicht errichtet werden.

C.8 NATURSCHUTZ

Auf die Vorschriften des Artenschutzes (§§ 39 ff BNatSchG, geschützte Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie) wird hingewiesen. Soweit Gehölze gerodet oder Bausubstanz abgebrochen werden soll, ist rechtzeitig vorher zu prüfen, ob gebäude- oder höhlenbewohnende Arten betroffen sind.

Zum besonderen Schutz von Kleintieren sind Keller-, Licht- und andere Schächte mit feinmaschigem, rostfreien Drahtgeflecht gegen Hineinfallen abzusichern (Maschenweite unter 0,5 cm).

Zum Schutz der nachtschwärmenden Insekten sind waagrecht angebrachte Leuchten mit asymmetrischem Reflektor und Planen mit eingelassener Abdeckung zu verwenden. Für die Außenbeleuchtung werden Natriumdampflampen oder entsprechende LED-Lampen empfohlen.

C.9 STRAßENBELEUCHTUNG

Haltevorrichtungen, Masten und Leitungen der Straßenbeleuchtung sind gemäß § 126 BauGB auf der privaten Grundstücksfläche zu dulden.

C.10 MAXIMALE HÖHEN BAULICHER ANLAGEN

Überschreitet eine bauliche Anlage die Höhe von 30 m über Grund, können Belange der Landesverteidigung betroffen sein. Es ist dann eine Genehmigung des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr einzuholen.

VERFAHRENSVERMERKE

- | | |
|---|--|
| 1. Änderungs- und Unterrichtsbeschluss, | gemäß § 2 Abs.1 und § 13 BauGB durch Gemeinderat am 16.03.2016 |
| 2. Ortsübliche Bekanntmachung des Änderungsbeschlusses, sowie des Offenlagebeschlusses | gemäß § 13 Abs. 2 BauGB im Mitteilungsblatt Nr. 16 am 21.04.2016 |
| 3. Öffentliche Auslegung des Entwurfes mit Begründung | gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vom 02.05.2016 bis 30.05.2016
Information der Behörden gem. § 4 Abs.2 BauGB BauGB durch Schreiben vom 02.08.2016 |
| 4. Erweiterung des Geltungsbereichs und erneuter Offenlagebeschluss | gemäß § 4a BauGB durch Gemeinderat am 20.02.2019 |
| 5. Ortsübliche Bekanntmachung des Änderungsbeschlusses, sowie des Offenlagebeschlusses | gemäß § 13 Abs. 2 BauGB im Mitteilungsblatt Nr. am |
| 6. Öffentliche Auslegung des Entwurfes mit Begründung | gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vom 25.03.2019 bis 26.04.2019
Information der Behörden gem. § 4 Abs.2 BauGB durch Schreiben vom 19.03.2019
Frist zur Stellungnahme bis 26.04.2019 |
| 7. Änderung der Nutzung | aufgrund Anregung des Regionalverbandes vom 09.04./08.05.2019 |
| Erneute Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit (Lebensmittler) | gemäß § 4a Abs.3 Satz 4 BauGB am 09.04.2019 |
| 8. Satzungsbeschluss | gemäß § 10 Abs. 1 BauGB durch Gemeinderat am 25.09.2019 |

Ausgefertigt: Die textlichen und zeichnerischen Aussagen dieses Original-Bebauungsplanes stimmen mit dem Willen des Gemeinderates, wie er im Beschluss vom 25.09.2019 zum Ausdruck kommt, überein.

Schwieberdingen, den 11.10.2019

Bürgermeister



- | | |
|--|--|
| 9. Ortsübliche Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses | gemäß § 10 Abs. 3 BauGB im Amtsblatt Nr. am 17.10.2019 |
| 10. In Kraft getreten | am 17.10.2019 |

Zur Beurkundung:
Schwieberdingen, den

Bürgermeister

